

Amtsgericht Kleve

Beschluss

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

Mittwoch, 20.05.2026, 11:00 Uhr,

1. Etage, Sitzungssaal D 100, Schloßberg 1 (Schwanenburg), 47533 Kleve

folgender Grundbesitz:

Wohnungsgrundbuch von Kranenburg, Blatt 1120,

BV lfd. Nr. 1

735/10.000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Kranenburg, Flur 29, Flurstück 148, Gebäude- und Freifläche, Paulistraße 7, Elsendeich 23, 25, Größe: 2.557 m²

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung im Erdgeschoss rechts des Hauses Paulistraße 7 sowie zwei Kellerräumen, im Aufteilungsplan jeweils mit Nummer 2 gekennzeichnet.

versteigert werden.

Wohnfläche ca. 56 m²; Baujahr 1955.

Es besteht ein Sondernutzungsrecht an dem Stellplatz im HofP2

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 19.05.2025 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

101.000,00 €

festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht

spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.